

Eine neue BGH-Entscheidung vergrößert die Risiken für Compliance-Beauftragte – und trifft möglicherweise auch Vorstände und Geschäftsführer
A new decision by the German Federal Court of Justice increases risks for Compliance officers – and may apply to board members and managing directors

Auf Compliance-Beauftragte in Unternehmen kommen neue Risiken zu: In einem Grundsatzurteil hat der Bundesgerichtshof (BGH) die Funktion des Compliance Officer in Unternehmen hervorgehoben und klargestellt, unter welchen Voraussetzungen sich Compliance-Beauftragte selbst strafbar machen können, wenn Unternehmensangehörige Straftaten begehen (Urteil vom 17. Juli 2009 – 5 StR 394/08). Das Urteil ist bemerkenswert, weil es erstmals den strafrechtlichen Pflichtenkreis eines Compliance Officer höchstrichterlich umreißt und ihm dabei weitgehende Verpflichtungen auferlegt.

Die Entscheidung des 5. Strafsenates des BGH vergrößert darüber hinaus ein bislang wenig beachtetes zivilrechtliches Haftungsrisiko des Compliance Officer – nämlich seine persönliche Haftung für Schäden, die durch Mitarbeiter des Unternehmens bei Dritten verursacht werden. Das ist besonders bei Verletzung gewerblicher Schutz- und Urheberrechte brisant, weil Unterlassungs-, Auskunfts-, Vernichtungs- und Kostenerstattungsansprüche nach deutschem Recht verschuldensunabhängig entstehen können. Schadensersatzforderungen können bei schuldhaftem Handeln je nach Wert des verletzten Schutzrechts sehr hoch ausfallen.

Die Entscheidung ist schließlich wegen des örtlichen Anwendungsbereichs des deutschen Straf- und Zivilrechts auch für Unternehmen bedeutsam, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind. Sie hat erhebliche Auswirkungen auf die Verantwortung von Compliance-Abteilungen, Innenrevisionen und Rechtsabteilungen. Noch nicht genau abschätzbar sind die Folgen für die Haftung von Vorständen oder

Compliance officers in companies have to face new risks: in a fundamental decision the Federal Court of Justice (Bundesgerichtshof, BGH) has highlighted the position of compliance officers in companies and has clarified under which circumstances they may render themselves liable to prosecution if employees commit an offense (decision of 17 July 2009 – 5 StR 394/08). This decision is remarkable as it is the first time that Germany's highest court outlines the duties of compliance officers under criminal law – and in doing so imposes far-reaching obligations.

In addition, the BGH's decision extends a civil law liability risk of the compliance officer which so far has only received little attention. Now he is personally liable for damages which were caused by company employees and incurred by third parties. This also is a particularly explosive subject in case of the infringement of intellectual property rights and copyrights ("IPRs") as claims for injunctive relief, disclosure of information, destruction and reimbursement are claims of strict liability under German law. Claims for damages in case of culpable action may become substantial depending on the value of the infringed trademark right.

Finally, the extended regional reach of German criminal and civil law renders the decision highly significant also for companies not domiciled in the Federal Republic of Germany. It has considerable consequences for the responsibility of compliance departments, internal audit units and legal departments. At this point, it is not assessable what this will mean for the liability which board members or managing directors have to assume for the internal organization of their

Geschäftsführern für die interne Organisation ihrer Unternehmen. Vieles spricht dafür, dass eine fehlende oder ungenügend ausgestattete Compliance-Funktion in einem Unternehmen nun zu einer Garantenhaftung der Geschäftsleitung führen kann.

Der Fall: Verurteilung des Leiters der Innenrevision

Der BGH beurteilte das Verhalten eines ehemaligen Leiters der Innenrevision der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) als strafbare Beihilfe zum Betrug und bestätigte damit das vorangegangene Urteil des Landgerichts Berlin.

In dem zugrundeliegenden Fall nutzte ein verantwortliches Vorstandsmitglied einen Fehler bei der Berechnung eines öffentlichen Tarifs für Straßenreinigung, um überhöhte Beträge von Grundstückseigentümern einzufordern. Der Tarif war zunächst versehentlich zu hoch angesetzt, nach Entdeckung des Versehens durch die Verantwortlichen aber nicht korrigiert worden.

Der angeklagte Leiter der Innenrevision leistete nach Ansicht des BGH durch seine Untätigkeit eine strafbare Beihilfe. Er unterließ es, den Vorstand der BSR auf den Fehler bei der Berechnung des Tarifs hinzuweisen. Auch seinen direkten Vorgesetzten und den Aufsichtsrat informierte er nicht. Aufgrund des fehlerhaft berechneten Tarifs erhielt die BSR von Eigentümern von Anliegergrundstücken etwa EUR 23 Millionen Straßenreinigungskosten, auf die sie keinen Anspruch hatte.

Hintergrund: Bestrafung wegen Unterlassens

Das Strafrecht stellt nicht nur verbotenes Tun unter Strafe – auch Unterlassen kann strafbar sein, § 13 Strafgesetzbuch (StGB). Für Vorstände, Geschäftsführer und vor allem Verantwortliche in den Bereichen Compliance, Innenrevision und Recht droht bei Untätigkeit vor allem Bestrafung wegen Beihilfe zu den Delikten Betrug oder Untreue. Verhindert der Verantwortliche in solchen Fällen den durch einen Betrug oder eine Untreue verursachten Vermögensschaden nicht, obwohl er dazu in der Lage war und ihm dies auch zuzumuten gewesen wäre, so drohen eine strafrechtliche Verurteilung wegen Unterlassens sowie zivilrechtliche Schadensersatzansprüche.

company. There are many points suggesting that from now on a missing or inadequately supported compliance position in a company may result in a duty to act and, possibly, in the management's criminal liability.

The Case: Conviction of Internal Audit Director

The BGH considered the previous director of the internal audit unit of the Berlin city cleaning offices (Berliner Stadtreinigungsbetriebe, BSR) to have been aiding and abetting fraud and thus confirmed the previous decision of the Berlin Regional Court (Landgericht Berlin).

In the underlying case, a board member exploited an error in the calculation of a public tariff for city cleaning and demanded excessive charges from property owners. At first, the tariff was accidentally overpriced but even upon realizing the mistake the persons in charge did not make the necessary adjustment.

According to the opinion of the BGH, the accused director of internal audit was guilty of aiding and abetting through his failure to act. He failed to inform the board of BSR of the error made in the calculation of the tariff. He informed neither his immediate superiors nor the supervisory board. Due to the erroneous tariff, BSR overcharged the owners of the neighboring properties in the amount of approximately EUR 23 million for city cleaning costs despite not having been entitled to the money.

Background: Criminal liability for Omission

Criminal law does not only penalize prohibited acts – omission may also be punishable pursuant to Section 13 of the German Penal Code (Strafgesetzbuch, StGB). In case of inactivity whilst being under a duty to act, board members, managing directors and responsible persons in the areas of compliance, internal audit or legal run the risk of being punished in particular for aiding and abetting the offenses fraud or fraudulent breach of trust. If the person in charge does not avert the financial damage caused by fraud or breach of trust despite having been in a position to do so and if it could have reasonably been expected of him, then a conviction under criminal law for failure to act, as well as claims for damages are conceivable.

Für Unternehmensvertreter gilt eine solche Rechtspflicht zur Vermeidung von Wirtschaftsdelikten dann, wenn sie – etwa im Rahmen ihres Dienstvertrages – besondere Überwachungs- und Schutzpflichten übernommen haben. Dies gilt nach den vom BGH aufgestellten Grundsätzen jetzt insbesondere für Compliance Officer. Praktisch haben die für Compliance im Unternehmen Verantwortlichen damit bereits kraft ihres Amtes eine Garantienpflicht, Delikte aus dem Unternehmen heraus zu verhindern. Das ergebe sich aus der gegenüber dem Unternehmen übernommenen Verpflichtung, Straftaten und andere Rechtsverstöße zu unterbinden.

Verpflichtung Straftaten gegen Vertragspartner zu verhindern

Der BGH stellt in dem Urteil nicht nur klar, wen diese Verpflichtung trifft, sondern legt auch deren Umfang genauer fest. Ausgangspunkt ist, dass jeder, der nach seiner Funktion im Unternehmen eine Überwachungspflicht übernimmt, diese auch ausfüllen muss. Rechtswidrige Handlungen, die der Überwachende hätte erkennen und verhindern müssen und die zu strafrechtlich relevanten Schäden führen, können seine Strafbarkeit auslösen. Dabei geht die Schutzwirkung der Überwachungspflicht über das eigene Unternehmen hinaus und erfasst die Vertragspartner: Kunden, Lieferanten und andere Geschäftspartner.

Wer ist verantwortlich?

Neben dem eigentlichen Täter nimmt der BGH primär den Compliance Officer in die Verantwortung: Regelmäßig wird er Gefahr laufen, für Fehler bei der Verhinderung von Straftaten in Zusammenhang mit der Unternehmenstätigkeit auch selbst einstehen zu müssen. Aber auch Rechts- und Revisionsabteilungen kann die gleiche Verantwortung treffen. Man kann zudem davon ausgehen, dass die verschärfte strafrechtliche Verantwortung auch weitere Unternehmensfunktionen erfasst, die mit Compliance zusammenhängen – beispielsweise Umwelt, Datenschutz- oder Geldwäschebeauftragte. Absehbar ist darüber hinaus, dass Strafrichter künftig vermerken werden, wenn die Geschäftsleitung eines Unternehmens niemanden mit Überwachungspflichten betraut oder nicht für eine ausreichende Ausstattung der Compliance-Funktionen des Unternehmens gesorgt hat.

Such a legal obligation to avoid economic crimes applies for company representatives if they have assumed special supervisory and protective duties, e.g., within the context of their service agreement. According to the principles newly established by the BGH, this particularly applies to compliance officers. Now the persons responsible for compliance within a company, solely by virtue of their office, virtually have the guarantee obligation to avert crimes originating within the company. This duty results from the obligation towards the company to prevent crimes and other violations of law.

Duty to Prevent Crimes Against Contractual Partners

In its decision, the BGH not only clarifies whom this duty affects but also defines its extent. The initial point is that everybody assuming supervisory assignments in line with his position within a company has to fulfill his duties. Where the supervisor fails to recognize and prevent unlawful acts which lead to damages relevant under criminal law he may become liable. The protective effect of these supervisory duties, however, goes beyond his own company and extends to contractual partners: customers, suppliers and other business partners.

Who is Liable?

Apart from the actual perpetrator, the BGH primarily holds the compliance officer liable: he will regularly run the risk of being held liable for mistakes in the prevention of crimes in connection with the company's activities. But legal departments and internal audit units may face the same responsibility. Furthermore, it can be reasonably be expected that the strict liability under criminal law concerns further company positions tied to compliance, such as environmental, data protection or money laundering officers. In future, it is also conceivable that the criminal judge will take note if a company's management has not entrusted anyone with supervisory duties or failed to safeguard that compliance positions in the company are sufficiently staffed.

Umfang der Verantwortung

Für den Compliance Officer ist der Umfang der Garantenpflicht besonders weit. Er wird am ehesten für Straftaten anderer im Unternehmen auch selbst haften müssen, denn er ist dafür verantwortlich, Rechtsverstöße anderer zu verhindern. Soweit sich andere Unternehmensfunktionen mit dem Aufgabengebiet Compliance überschneiden, trifft sie eine vergleichbare Verantwortung, die im Einzelfall zu erteilen ist. Dabei wird der Haftungsumfang umso größer sein, je umfassender der Aufgabenbereich definiert und je mehr Compliance-Aufgaben durch die betroffene Unternehmensfunktion wahrgenommen werden: Der Datenschutzbeauftragte etwa hat die Verpflichtung, über die Einhaltung der anwendbaren Datenschutzregeln zu wachen. Schwere Verstöße gegen das Bundesdatenschutzgesetz sind strafbar. Kommt der Datenschutzbeauftragte seiner Pflicht wider besseren Wissens nicht nach, droht ihm eine Verurteilung wegen Unterlassens. Ähnlich ist die Situation auch für Verantwortliche im Bereich der Revision. Oft gibt es hier erhebliche Überschneidungen mit dem Aufgabengebiet des Compliance-Beauftragten. Sind Dritte außerhalb des Unternehmens betroffen, hängt eine strafrechtliche Verantwortung auch davon ab, ob das Unternehmen dem Vertragspartner in besonderer Weise verpflichtet ist – in dem vom BGH entschiedenen Fall etwa über den öffentlich-rechtlichen Anschluss- und Benutzungszwang für die Straßenreinigung.

Rechtliche Folgen jenseits des Strafrechts: z. B. gewerblicher Rechtsschutz

Die Feststellungen des BGH zur Garantenpflicht des Compliance Officer beleuchten ein zivilrechtliches Haftungsrisiko. Das deutsche Recht kennt im gewerblichen Rechtsschutz die Figur des sogenannten Störers. Als Störer haftet derjenige persönlich, der in irgendeiner Weise willentlich und adäquat kausal zur Verletzung eines geschützten Gutes beiträgt, ohne Täter oder Teilnehmer zu sein. Einschränkend muss nach der Rechtsprechung eine Prüfungspflicht verletzt worden sein, die dem Störer obliegt und deren Umfang sich danach bestimmt, inwieweit eine solche Prüfung im Einzelfall zumutbar ist. Ist sie zumutbar gewesen, kommen Ansprüche des Schutzrechtshabers auf Unterlassung der Schutzrechtsverletzung, auf Auskunftserteilung, Vernichtung rechtsverletzenden

Extent of Liability

The extent of the duty to act is particularly far-reaching in the case of the compliance officer. He is most likely the first to assume liability for crimes committed by other persons in the company as it lies in his responsibility to prevent violations of the law by others. To the extent there is overlap between company posts and compliance, they bear a similar responsibility which shall be allocated individually. The broader the field of activity has been defined and the more compliance duties are assumed by the respective employee, the greater the extent of his liability: the data protection officer, e.g., is obliged to supervise the compliance with the applicable data protection rules. Material breaches of the German Federal Data Protection Act (Bundesdatenschutzgesetz) are punishable by law. If the data protection officer does not meet this legal obligation contrary to his knowledge, there is danger of a conviction for failure to act. The situation is similar with accountable persons in the internal audit department. Often there is considerable overlap with the field of activity of compliance officers. Where external third parties are concerned, the criminal liability depends on the question whether the company is particularly obliged to the contractual partner. In the BGH case this requirement was met due to the BSR's public legal obligation originating from the compulsory connection to and compulsory use of the city cleaning services.

Legal Consequences beyond Criminal Law, e.g., Liability for Infringement of IPRs

Furthermore, the statements of the BGH regarding the duty to prevent offenses against other persons being committed shed light on further civil liability risks of the compliance officer. In the area of IPRs German law has established the legal concept of the so called disturber (Störer). Anyone who, being neither perpetrator nor accomplice, contributes knowingly and reasonably causally to the infringement of an IPR, is personally liable as disturber. According to the relevant case law, an audit requirement incumbent on the disturber must have been violated, the extent of which shall be measured by the practicability of such audit in individual cases. If the audit had been reasonably practicable, the holder of the respective property right may file for an injunctive relief for the trademark right, provision of information,

der Produkte und Erstattung der Kosten anwaltlicher Abmahnung in Betracht. Nach den Ausführungen des BGH über die umfassende Verantwortlichkeit des Compliance Officer als Garant rechtmäßigen Handelns eines Unternehmens wird sich ein Compliance Officer entgegenhalten lassen müssen, dass er typischerweise Prüfungspflichten innehat, die auch auf die Vermeidung von Schutzrechtsverletzungen zielen. Einer entsprechenden zivilrechtlichen Haftung wird er wohl nicht entgehen können, wenn sein Aufgabenbereich generell die Verhinderung von Straftaten zulasten Dritter umfasst. In Deutschland ist die vorsätzliche Verletzung gewerblicher Schutzrechte und des Urheberrechts auch strafbar.

Risiken für ausländische Unternehmen

Wichtig ist schließlich, dass sowohl deutsches Strafrecht als auch die einzelnen Gesetze betreffend den gewerblichen Rechtsschutz und das Urheberrecht anwendbar sind, wenn nur ein Teilakt der gesamten Handlung deutsches Hoheitsgebiet betrifft. Wird zum Beispiel von einem US-amerikanischen Unternehmen Ware in die Bundesrepublik gebracht, die eine in Deutschland geschützte Marke verletzt, so sähe sich der Compliance Officer dieses Unternehmens zivilrechtlichen Ansprüchen ausgesetzt, und zwar unabhängig von seinem Verschulden. Zudem könnte er sich wegen Kennzeichenverletzung strafbar machen, soweit ihm Verschulden zur Last fällt.

Auswirkungen für den Bereich Compliance

Die Entscheidung des BGH setzt den bisherigen Trend der Gerichte fort, hohe Anforderungen an diejenigen zu stellen, die für die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben verantwortlich sind. Die Verpflichtung von Compliance-Beauftragten, gegebenenfalls Verstöße aus dem Unternehmen heraus gegen Dritte zu verhindern, darf nicht unterschätzt werden. Letztlich wird der Compliance-Beauftragte damit verpflichtet, die Interessen von Kunden, Lieferanten, Joint Venture-Partnern und anderen Geschäftspartnern umfassend zu schützen.

Auf Verantwortliche im Bereich Compliance kommen künftig erhebliche persönliche Risiken zu. In den allermeisten Fällen bedeutet eine Verurteilung wegen Beihilfe zu einem Wirtschaftsdelikt für einen Compliance-Beauftragten das Ende der Karriere. Zudem drohen zivilrechtliche Ansprüche. Kommt

destruction of infringing products and reimbursement of legal costs of the cease-and-desist letter. Pursuant to the reasons of the BGH regarding comprehensive responsibility of the compliance officer as guarantor of a company's acting in compliance with the law, a compliance officer will be confronted with the fact that he has assumed several characteristic audit duties which, inter alia, aim at the prevention of IPR infringements. The compliance officer is likely unable to avoid a liability under civil law if his field of activity generally includes the prevention of crimes against third parties. In Germany the reckless infringement of IPRs are criminal offenses.

Risks for Foreign Companies

Finally, it is important that German criminal law, as well as the individual laws regarding industrial legal protection and copyright are applicable if only a partial act of the entire action concerns German sovereign territory. If, e.g., a US-company imports goods infringing upon a trademark protected in Germany into the Federal Republic of Germany, the compliance officer of this company would become liable for claims for injunctive relief, disclosure of information, destruction and reimbursement, irrespective of his culpability. Furthermore, he may render himself liable for trademark violation to the extent it was his fault.

Consequences for Compliance

The decision of the BGH continues the current trend of German courts to set high standards for the persons responsible for compliance with legal guidelines. The obligation of compliance officers to avert violations originating in the company against third parties must not be underestimated. In conclusion, the compliance officer is thus obliged to comprehensively protect the interests of clients, suppliers, joint venture partners and other business partners.

In future, accountable employees in the compliance department will be faced with considerable personal risks. In a majority of cases, a conviction for aiding and abetting an economic crime would put an end to the compliance officer's career. Furthermore, there is the danger of claims under civil law. If there is a conviction under criminal law, the injured parties may hold each convicted person jointly and severally liable, that is for the entire damage sum. Furthermore,

es zu einer strafrechtlichen Verurteilung, können die Geschädigten jeden einzelnen Verurteilten gesamtschuldnerisch – also auf die gesamte Schadenssumme – in Anspruch nehmen. Weiterhin besteht das Risiko, dass der Inhaber gewerblicher Schutz- und Urheberrechte im Verletzungsfalle von dem Compliance-Beauftragten persönlich Unterlassung, Auskunftserteilung und Kostenerstattung verlangen kann, und zwar unabhängig von dessen Verschulden.

Auswirkungen für Aufsichtsräte, Vorstände und Geschäftsführer

Auf den ersten Blick betrifft das Urteil die Geschäftsleitung eines Unternehmens nicht direkt. Wenn aber bereits in einer, der Geschäftsleitung nachgeordneten Funktion eine derart umfangreiche Verantwortung für die Verhinderung von Beeinträchtigungen Dritter durch rechtswidriges Verhalten im Unternehmen postuliert wird, muss mit einer weiteren massiven Ausweitung der Verantwortung der Geschäftsleitungen gerechnet werden.

Ist kein Compliance Officer ernannt, gibt es keine anderweitigen Überwachungsfunktionen oder sind bestehende Einrichtungen nicht ausreichend ausgestattet, dann wird die Geschäftsleitung die Verantwortung dafür übernehmen müssen.

Handlungsempfehlungen

Prävention: Auch wenn der BGH die Pflicht des Unternehmens zur Prävention durch Aufklärung, Schulung und andere Maßnahmen nicht angesprochen hat, ist ein Compliance-Programm die wirksamste Methode, das Risiko von Straftaten und deren Folgen zu minimieren. Sollte es dennoch zu Straftaten kommen, wird der Nachweis über umfassende Präventionsarbeit Compliance Officer und Geschäftsleitung entlasten. Bisher weniger beachtete, aber haftungsträchtige Rechtsgebiete wie der gewerbliche Rechtsschutz sollten in die Aufklärung einbezogen sein.

Ermittlung: Liegen Hinweise auf Gesetzesverstöße im Unternehmen vor, muss das Unternehmen von sich aus unmittelbar interne Ermittlungen durchführen und notwendige Gegenmaßnahmen einleiten. Fehlen interne Ressourcen, sollte externe Hilfe in Anspruch genommen werden. Weder Compliance

in case of breach, there is the risk that the holder of industrial trademark rights and copyrights may claim for injunctive relief, provision of information and reimbursement from the compliance officer personally, irrespective of his fault.

Consequences for Board Directors, Board Members and Managing Directors

At first sight, the decision does not directly affect the management of a company. However, if subordinated positions already have to assume such a comprehensive responsibility for the prevention of damage caused to third parties through unlawful actions within the company, a further substantial extension of the sphere of responsibility to the management is even more so conceivable.

If no compliance officer has been appointed, there is no supervisory post or where existing facilities have not been sufficiently equipped, the management will have to assume the responsibility.

Recommended Actions

Prevention: *Even if the BGH did not specifically refer to the duty of the company to prevent crimes by providing education, training and other measures, a compliance program is the most effective method to minimize the risk of crimes and their consequences. However, if a crime is committed, the proof of comprehensive preventive action will exonerate the compliance officer and management. Fields of law which hitherto have not received much attention, such as industrial legal protection should become part of the educational program.*

Investigation: *If there are signs of a violation of the law in the company, the safest way for the company to avoid prosecution by law is to conduct voluntary inspections and initiate the necessary counter-measures. In addition, it is recommended to establish structures, depending on the orientation of the company, which safeguard the control of legal areas such as industrial legal protection which so far have received little attention but nonetheless carry a liability risk.*

Officer noch Geschäftsleitung sollten sich dem Vorwurf aussetzen, einem Verdacht nicht in ausreichender Weise nachgegangen zu sein.

Dokumentation: Unternimmt ein Compliance-Verantwortlicher trotz des Verdachts einer möglichen Straftat keine konkreten Schritte, sollte er zu seinem eigenen Schutz die Gründe hierfür genau dokumentieren. Unterstützende Handlungen sind beispielsweise bei Untreue oder Betrug nur dann als Beihilfe strafbar, wenn der Verantwortliche den Eintritt eines Vermögensschadens willentlich fördert. Kann er hingegen belegen, dass er gute Gründe hatte, in einer konkreten Situation nichts zu unternehmen, so ist eine Strafbarkeit ausgeschlossen.

Vertragsgestaltung: Sowohl das Unternehmen als auch der jeweilige Compliance-Beauftragte sollten den Aufgabenbereich des Mitarbeiters möglichst präzise vertraglich festlegen. Genaue Vorgaben schaffen Klarheit und helfen, Strafbarkeitsrisiken zu vermeiden. Hierbei sollte für jeden Geschäftsbereich geklärt werden, welche Risiken der Bereich Compliance überwacht und für welche Gefahren die operativ tätigen Fachabteilungen zuständig sind. Hier müssen Unternehmen sehr genau arbeiten, weil effektive Compliance-Konzepte in der Praxis eine enge Zusammenarbeit mit dem operativen Geschäftsbetrieb erfordern.

Versicherungen: Unternehmen sollten klären, ob sie verbleibende Risiken durch den Abschluss von sogenannten Directors & Officers (D&O) Versicherungen oder durch entsprechende Strafrechtsschutzversicherungen verringern können.

Documentation: *If a compliance officer, despite reasonable suspicion of a possible crime, does not take concrete measures, he should keep detailed records of the reasons for this decision for his own protection. Supportive acts, e.g., are only punishable as aiding and abetting in case of breach of trust and fraud if the responsible person deliberately promotes the occurrence of the damage. However, if he is able to prove that he had good reasons to not act in a certain situation, criminal liability is excluded.*

Contractual design: *The company and compliance officer should contractually stipulate the field of activity of the employee as detailed as possible. Precise guidelines lend clarity and help to avoid risks of liability under criminal law. In doing so, it should be clarified for each particular business area which individual risks are supervised by compliance and which dangers are handled by the operating departments. Companies have to work meticulously because effective compliance concepts in practice require close cooperation and an intertwining with the operative business.*

Insurances: *In addition, companies and compliance officers should find out whether they are able to reduce the remaining risks by entering into so-called Directors & Officers (D&O) insurance policies or through respective legal protection insurances for criminal law.*

Sollten Sie zu dieser Publikation noch mehr Informationen wünschen, wenden Sie sich bitte an einen der folgenden Ansprechpartner:

If you have any questions or require specific advice on any matter discussed in this publication, please contact one of the lawyers listed below:

Dr. Mark C. Hilgard

T: +49 69 79 41 2271

mhilgard@mayerbrown.com

Daniel R. Marschollek, M.B.L.-HSG

T: +49 69 79 41 1381

dmarschollek@mayerbrown.com

Dr. Constantin Rehaag, M.A.

T: +49 69 79 41 1381

crehaag@mayerbrown.com

Tim Wybitul

T: +49 69 79 41 2231

twybitul@mayerbrown.com

Mayer Brown is a leading global law firm with approximately 1,000 lawyers in the Americas, 300 in Asia and 500 in Europe. We serve many of the world's largest companies, including a significant proportion of the Fortune 100, FTSE 100, DAX and Hang Seng Index companies and more than half of the world's largest investment banks. We provide legal services in areas such as Supreme Court and appellate; litigation; corporate and securities; finance; real estate; tax; intellectual property; government and global trade; restructuring, bankruptcy and insolvency; and environmental.

OFFICE LOCATIONS AMERICAS: Charlotte, Chicago, Houston, Los Angeles, New York, Palo Alto, São Paulo, Washington
 ASIA: Bangkok, Beijing, Guangzhou, Hanoi, Ho Chi Minh City, Hong Kong, Shanghai
 EUROPE: Berlin, Brussels, Cologne, Frankfurt, London, Paris

ALLIANCE LAW FIRMS Mexico (Jáuregui, Navarrete y Nader); Spain (Ramón & Cajal); Italy and Eastern Europe (Tonucci & Partners)

Please visit our website for comprehensive contact information for all Mayer Brown offices.

www.mayerbrown.com

This Mayer Brown LLP publication provides information and comments on legal issues and developments of interest to our clients and friends. The foregoing is not a comprehensive treatment of the subject matter covered and is not intended to provide legal advice. Readers should seek specific legal advice before taking any action with respect to the matters discussed herein.

© 2009. Mayer Brown LLP, Mayer Brown International LLP, and/or JSM. All rights reserved.

Mayer Brown LLP is a limited liability partnership established under the laws of the State of Illinois, U.S.A.